

## Tagungsbericht

### „Türkei – Schlüsselakteur für die EU?“

15.-16. Mai 2017, Technische Universität Chemnitz

Die geostrategische Lage und wirtschaftliche Bedeutung hat die Türkei zu einem wichtiger Partner für die Europäische Union gemacht. Seit 2005 wird – mit Unterbrechungen – über den EU-Beitritt verhandelt. Doch nicht erst seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 wird die politische Entwicklung in der Türkei seitens der EU kritisiert. Die Professur Internationale Politik der TU Chemnitz hat vom 15. bis 16. Mai 2017 mit der internationalen Tagung „Türkei: Schlüsselakteur für die Europäische Union?“ die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation und Entwicklung in der Türkei in den Blick genommen. Wissenschaftler aus der Türkei und Deutschland diskutierten die schwierige Lage des Landes nach dem gescheiterten Putschversuch, die aktuellen Beziehungen zu Deutschland und zur Europäischen Union, insbesondere im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen. Die zweitägige Konferenz wurde von der Professur Internationale Politik unter Leitung von Prof. Dr. Beate Neuss und Dr. Antje Nötzold organisiert und vom Arbeitskreis Europäische Integration e.V. mit Mitteln des „EU-Programms für lebenslanges Lernen“ und der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziell unterstützt.

Im Auftakt-Panel des ersten Tages analysierten Prof. Dr. M. Murat Erdoğan (HUGO-Hacettepe Universität, Ankara) und Dirk Tröndle (Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde, Hamburg) die politische und gesellschaftliche Lage der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016. Beide stimmten darin überein, dass der Umsturzversuch durch Teile des Militärs in der türkischen Gesellschaft durchweg abgelehnt und verurteilt wurde – unabhängig von der politischen Einstellung gegenüber Präsident Erdogan. Die im Anschluss aus Sicht der türkischen Regierung zu spät erfolgte und unzureichende politische Verurteilung des Putschversuchs durch die europäischen Regierungen wurde in Ankara als zusätzliche Kränkung empfunden. Dies belastete die bereits angespannten politischen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei dadurch weiter.

Der ehemalige Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara, Dr. Colin Dürkop, beleuchtete im folgenden Panel das derzeitige EU-Bild in der Türkei. Trotz des konservativen Schwenks unter Erdogan in den letzten Jahren und der zahlreichen politischen Streitpunkte zwischen Ankara, Brüssel und Berlin bleibt die Türkei aus gesellschaftlicher Sicht ein europäisches Land, so sein Befund. Die Beitrittsgespräche sollten trotz und gerade wegen der derzeitigen Spannungen fortgesetzt werden, um die Türkei auf einem proeuropäischen Kurs zu halten.

Auf die Schwierigkeit einer sich zunehmend von Europa abwendenden Türkei, die jedoch bei zahlreichen politischen Fragen als Partner gebraucht wird, ging Dr. Yaşar Aydın (Evangelische Hochschule, Hamburg) ein. Er diagnostizierte in seinem Vortrag ein „EU-Türkei-Paradox“: auf der einen Seite steht die große politische, wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung der Türkei für die EU. Auf der anderen Seite entfernt sich die Türkei immer mehr von den grundlegenden Normen und Werten der EU. Aydın empfahl daher, dass die EU eine ausgewogene Doppelstrategie verfolgen solle. Sicherheitspolitisch bleibe die Türkei in der NATO ein Stabilitätsanker und sei ein unerlässlicher Kooperationspartner in der Flüchtlingsfrage. Militärisch fungiere das Land als Sicherheitsschirm gegen Russland und spiele auch eine regionale Rolle gegenüber einem wieder erstarkenden Iran. Wirtschaftlich ist die EU derzeit ein unersetzbarer Modernisierungspartner und technischer Know-how-Lieferant, der

nicht ohne weiteres durch Russland und China ersetzt werden könne. Prof. Dr. Arndt Künnecke (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl) zeigte in seinem Vortrag fünf mögliche Szenarien aus dem aktuellen Status-quo auf. Als wahrscheinlichste Entwicklung sieht er eine Fortsetzung des bisherigen Kurses des Beitrittsprozesses, da keine der beiden Seiten die engen Beziehungen abbrechen möchte und die Aushandlung eines gänzlich neuen Grundlagenvertrags zwischen der EU und der Türkei wünschenswert, aber derzeit schwer umsetzbar sei.

Dr. Marcus Engler (Netzwerk Flüchtlingsforschung) griff in seinem Vortrag die Flüchtlingsfrage auf. Neben einer Einführung in die internationalen Rahmenbedingungen betonte er die großen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft bei rund 65,3 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind. Syrien verzeichnet weltweit den größten Anstieg von Flüchtlingen, was insbesondere die Türkei – aber auch den Libanon und Jordanien – vor enorme Herausforderungen stellt. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der Türkei und der EU sieht neben finanzieller Unterstützung seitens der EU von sechs Milliarden Euro bis 2018 die Verpflichtung vor, dass für jeden von den griechischen Inseln zurück in die Türkei abgeschobenen Flüchtling ohne Anspruch auf Asyl die EU-Länder im Gegenzug einen syrischen Flüchtling aus der Türkei direkt aufnehmen. Die Zahl bisheriger Aufnahmen ist jedoch sehr klein geblieben.

Die regionale geopolitische Bedeutung der Türkei als (In)Stabilitätsanker im zerfallenden Nahen Osten wurde im Anschluss von Prof. Dr. Hüseyin Bağcı (Middle East Technical University, Ankara) und Dr. Magdalena Kirchner (Istanbul Policy Center) analysiert. Bağcı verwies auf eine Überdehnung der türkischen Kräfte und ein Schwinden des politischen Einflusses Ankaras in der Region. Präsident Erdogan sei in der Vergangenheit zudem schlecht beraten worden, weshalb die Türkei sich mehrfach in eine ungünstige außenpolitische Lage gebracht habe. Kirchner ging auf die Beziehungen der Türkei zur NATO ein und zeigte die sicherheitspolitischen Herausforderungen des Landes auf, die besonders mit der Kurdenfrage eng verknüpft sind.

Das erste Panel am zweiten Tag beschäftigte sich mit dem Kurdenkonflikt und der Gülen-Bewegung. Dr. Gülistan Gürbey (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit den unterschiedlichen kurdischen Gruppen in der Türkei, in Syrien und dem Irak. Seit 2015 geht die türkische Regierung wieder militärisch resolut gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vor. Das beinhaltet auch Angriffe gegen Stellungen der Kurdenmiliz YPG in Syrien, die jedoch von den USA im Kampf gegen den Islamischen Staat unterstützt werden. Gleichzeitig bemüht sich die türkische Regierung um ein gutes Verhältnis zur Regierung der Autonomen Region Kurdistan im Irak. Kristina Dohrn (Institut für Sozial- und Kulturanthropologie, FU Berlin) präsentierte die Gülen-Bewegung. Neben der Geschichte und Ausbreitung in der Türkei und in Deutschland wurde insbesondere das Wirken der Bewegung beleuchtet. Seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 geht die türkische Regierung jedoch konsequent gegen den ehemaligen Verbündeten und das Oberhaupt der Bewegung, Fethullah Gülen, vor, dem sie die Verantwortung für den Putschversuch vorwirft.

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind spiegelbildlich zu den EU-Türkei-Beziehungen derzeit stark belastet, so die Einschätzung von Prof. Dr. Mustafa Nail Alkan (Gazi Universität, Ankara). Ein großes Problem für die Attraktivität der Türkei als internationaler Wirtschaftsstandort stelle die abnehmende Rechtssicherheit dar. Für ausländische Unternehmen sei die Rechtssicherheit im Land ein zentraler Faktor, um weiter in die Türkei zu investieren. Mehr als 6.000 deutsche Unternehmen sind derzeit in der Türkei präsent. Der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre droht verspielt zu werden, wenn die Regierung weiter auf politische Konfrontation und Repression setzt.

Im Abschlussvortrag beleuchtete Armin Staigis (Brigadegeneral a.D. und Vizepräsident a.D. der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin) die Rolle der Türkei in den NATO-EU-Beziehungen. Während der Austausch in der militärischen Führung der Türkei mit Sorge zu betrachten sei, sind die türkischen Führungskräfte in den strategischen NATO-Gremien und Arbeitsgruppen nahezu unverändert und arbeiteten sehr kooperativ.

Autoren: Jakob Kullik, M.A., Jakob Landwehr, M.A.